

Ein Kommentar
zu den Europa-Beschlüssen
des 24. CDU-Bundesparteitags
in Leipzig

Die europäische Krise meistern

Elmar Brok

Bismarck sagte einst, dass Deutschland zu klein für die Vorherrschaft und zu groß für die Balance sei. Auf dem 24. CDU-Bundesparteitag im November 2011 hat die CDU unter dem Motto „Für Europa. Für Deutschland“ ein Zeichen gesetzt, dass sie bereit ist, ihrer Verantwortung nachzukommen im Sinne einer „Balance von Eigenverantwortung und Solidarität“ – so steht es in dem dort beschlossenen Leitantrag zu Europa. Eine so verstandene Solidarität bedeutet einerseits, dass jeder Staat nationale Maßnahmen für eine Haushaltskonsolidierung durchsetzen muss und es somit in der Verantwortung jedes Staates liegt, die Verschuldung zu senken und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Andererseits bedeutet eine solche Solidarität aber, dass wir einen europäischen Ansatz und Maßnahmen für eine bessere Koordinierung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik brauchen, da unsere Wirtschaften und somit unsere Schicksale miteinander verflochten sind.

Deutschlands Verantwortung in und für Europa

Diesem Tenor folgt der CDU-Leitantrag, indem er Solidarität mit den Partnern zeigt, ohne entmündigen zu wollen. Die CDU steht zu der in diesem Sinne verstandenen Verantwortung Deutschlands in und für Europa: Nicht umsonst trägt das erste der insgesamt fünf Kapitel des Leitantrags den Titel „Die CDU – Die deutsche Europapartei“. Im ersten Absatz heißt es: „Das Bekenntnis zu Europa

ist nicht nur eine Frage der Vernunft, sondern auch eine Herzensangelegenheit.“ Politische Berechenbarkeit, Verlässlichkeit als Partner und das Vertrauen der kleinen Partner haben Deutschland seinen Einfluss in Europa und der Welt über Jahrzehnte gesichert. Doch das europapolitische Handeln der CDU ist nicht rein interessengeleitet, sondern fundiert auf christdemokratisch geprägten Werten: Freiheit und Verantwortung, der unteilbaren Würde des Menschen, Solidarität, Subsidiarität, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie der Sozialen Marktwirtschaft. Auf diesen Werten und Leitlinien aufbauend, muss Deutschland *gemeinsam* mit den anderen EU-Mitgliedstaaten die Herausforderungen und Chancen des einundzwanzigsten Jahrhunderts angehen. Konrad Adenauer vertrat das Prinzip: „Fallen ist weder gefährlich noch eine Schande. Liegen bleiben ist beides.“ Deutschland, als der größte und damit einer der einflussreichsten Mitgliedstaaten, trägt große Verantwortung dafür, dass wir jetzt nicht liegen bleiben, sondern das europäische Projekt weiter vorantreiben.

Führung in der Krise: Kernbotschaften der Union

Aus der im ersten Kapitel festgestellten Verantwortung Deutschlands und der CDU leitet der Leitantrag im zweiten Kapitel die richtigen Bekenntnisse ab, indem er die Wichtigkeit Europas betont und seine Erfolge, seinen Sinn und Nutzen darstellt. Im dritten Kapitel werden

die Ursachen der Krise und Ansatzpunkte zu ihrer Lösung erarbeitet. Unter dem Stichwort „Stabilitätsunion“ wird eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen. Im vierten Kapitel wird folgerichtig dargestellt, dass wir, wenn wir auf Dauer Sicherheit und Stabilität in der Wirtschafts- und Währungspolitik gewährleisten wollen, die EU in Richtung einer politischen Union weiterentwickeln müssen. Es ist richtig: Was bei Einführung der gemeinsamen Währung und des gemeinsamen Binnenmarktes versäumt wurde, muss jetzt nachgeholt werden. Im letzten Kapitel werden Grundpfeiler der CDU-basierten Europapolitik genannt, wie die deutsch-französische Freundschaft, Bürokratieabbau, das Friedensmotiv und ein bürgernahes Europa.

Insgesamt hat die CDU sich in ihrem Leitanspruch für ein Europa mit Wirtschaftswachstum und mehr Arbeitsplätzen sowie für eine starke Stimme Europas in der Welt ausgesprochen. Dazu gehören neben der Überwindung der Finanzkrise auch die globale Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, die Stärkung der Klima- und Energiepolitik sowie eine gemeinsame Außenpolitik für Europa. Voraussetzung für all dies ist ein Europa mit soliden Finanzen – deswegen ist die Stabilität des Euro für ein freies und sicheres Europa von höchster Bedeutung. Vor allem spricht aus dem Leitanspruch die Erkenntnis, dass Deutschlands Interessen nur über die EU durchgesetzt werden können.

Eine Rückkehr zu mehr Nationalstaat und eine Schwächung der europäischen Institutionen sind kontraproduktiv. Schließlich waren es erst die Nationalstaaten, die den Stabilitätspakt aufweichten und nun die europäischen Institutionen, insbesondere das Europäische Parlament, die eine Verschärfung durchgesetzt haben.

Die CDU ist sich bewusst: Scheitert der Euro, wird dies auch uns Deutschen zum

Vorwurf gemacht. Dabei wird deutlich gemacht, dass die aktuelle Krise im Kern keine Euro-Krise ist – vielmehr handelt es sich um eine Verschuldungskrise einzelner Euro-Länder. Diese wiederum steht im Zusammenhang mit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise, ausgelöst durch fehlende Regulierungs- und Kontrollmechanismen auf den globalen Finanzmärkten. Deswegen steht zum Beispiel auch der Dollar heute nicht besser da als der Euro. Zum anderen handelt es sich aber bei der aktuellen Krise um eine Vertrauenskrise.

Der Leitanspruch zieht hier die richtige Konsequenz und stellt ein Konzept vor, das auf zwei Ebenen ansetzt: Kurzfristige Maßnahmen zur Behebung der aktuellen Krise müssen gekoppelt werden mit einer langfristigen Strategie, um das Vertrauen wiederherzustellen. Beide Ebenen bedingen sich gegenseitig und sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Folglich brauchen wir auf der einen Seite Pragmatismus und Aktionen. So werden insbesondere in Kapitel drei umfassende konkrete Maßnahmen zur Lösung der Finanz- und Schuldenkrise vorgeschlagen. Auf der anderen Seite muss sich die Politik in einer offenen, transparenten und demokratischen Debatte auch fragen: Wie schaffen wir es, der aktuellen Krise zu trotzen, diese als Chance zu sehen und gestärkt aus ihr hervorzugehen?

Deswegen werden in den Kapiteln vier und fünf visionäre und innovative Reformen für die EU formuliert. Ein Schlüsselgedanke ist, dass vor allem die institutionellen Strukturen Europas weiterentwickelt werden müssen: Deutschland braucht heute nicht weniger, sondern mehr Europa.

Dafür müssen konkrete Zukunftsentwürfe formuliert und die Fragen gestellt werden: Welche Rechte hat Europa? Auf was wollen wir in Zukunft eine europäische Flagge setzen? Zum anderen müssen wir aber für den inneren Zusam-

menhalt Europas die europäische Identität stärken und uns fragen, wohin Europa steuern soll. Europa braucht eine neue Vision für Europa, basierend auf gegenseitiger Solidarität und dem Leitmotto „Einheit in Vielfalt“.

Insgesamt steht der Leitantrag als Symbol dafür, dass die deutsche CDU-geführte Regierung erkannt hat, dass Deutschlands und Europas Schicksal identisch sind. Durch den Binnenmarkt, aber auch durch neue Herausforderungen und globale Machtverschiebungen sind unsere Schicksale miteinander verflochten. Wir müssen Europa jetzt geschlossen aus der Krise führen. Die deutsche Regierungspartei CDU hat mit ihrem Leitantrag zu Europa ein Signal nach innen und außen gesetzt und eine pointierte europäische Haltung bewiesen. Die Ovationen im Stehen nach der Rede Wolfgang Schäubles zeigten, dass die CDU sich selbst treu geblieben ist: Als Europapartei im Erbe Adenauers und Kohls steht sie geschlossen hinter Europa und der Politik Angela Merkels und knüpft an ihre traditionellen politischen Leitlinien an. Die CDU bekennt sich in ihrem Leitantrag zu Europa aber auch zu Leitlinien ihrer Europapolitik seit 1945: der Transatlantischen Partnerschaft und der Verankerung ihrer Politik in der westlichen Allianz.

Mit ihrem auf dem Bundesparteitag beschlossenen Leitantrag zu Europa kommt die CDU der Aufforderung Helmut Kohls nach, die er formulierte, als er im Mai den Henry-Kissinger-Preis der *American Academy* erhielt: „Deutschland darf kein Land werden, das immer auf andere wartet, sondern wir sind auch für die anderen da.“

Dafür finden sich die richtigen Ansätze im CDU-Leitantrag, die in drei Kernbotschaften resümiert werden können:

1. Europa ist im deutschen Interesse.
2. Wir brauchen einen starken Euro auch in Zukunft.

3. Wir müssen langfristig neue Integrationssschritte wagen.

Europa im deutschen Interesse

In der Tat hat Europa nach wie vor viel zu bieten. Die EU stellt die größte Wirtschaftsmacht der Welt dar, und gerade für deutsche Unternehmen ist sie unabdingbar. Auch ist sie weltweit der größte Entwicklungshilfegeber mit circa sechzig Prozent Anteil an der globalen Entwicklungshilfe.

Die EU hat gemeinsam viel in den letzten Jahren erreicht: Der Lissabon-Vertrag wurde erfolgreich implementiert, um ein demokratischeres, effizienteres und transparenteres Europa durchzusetzen. Der Europäische Auswärtige Dienst hat seine Arbeit aufgenommen und das Europäische Parlament an Macht gewonnen. Auch hat die EU schnell auf die Krise reagiert und unter maßgeblichem Einfluss der Gemeinschaftsinstitutionen gemeinsame finanzpolitische Instrumente geschaffen, um die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken und die Krisenländer zu unterstützen.

Europa ist nach wie vor unser Garant für Frieden und Wohlstand und bietet uns Chancen: Es eröffnet die Perspektive, dass die europäischen Nationalstaaten nicht in der neuen globalen Ordnung, die zunehmend von aufkommenden Mächten wie China und Russland geprägt sein wird, untergehen werden, sondern gemeinsam mit ihrem transatlantischen Partner USA weiterhin ihre Interessen und Werte durchsetzen können.

Es liegt nun an uns, ob wir diese Erfolgsgeschichte fortsetzen wollen. Dafür müssen wir aber auch gemeinsam den Euro verteidigen. „Der Euro ist seit einem Jahrzehnt Ausdruck und erlebbarer Alltag eines vereinten Europas“, heißt es im CDU-Leitantrag. Dies ist nicht Rhetorik, sondern Realität. Rufe nach Abschaffung des Euro sind nicht durchdacht. Der europäische Binnenmarkt, der circa sechzig

Prozent der deutschen Exporte ohne jegliche Handelsbeschränkungen aufnimmt, ist der Heimatmarkt, der uns international stark macht. Circa neun Millionen Arbeitsplätze hängen direkt vom Binnenmarkt ab. Wir zahlen jährlich circa acht Milliarden Euro Beitrag für die EU – und erwirtschaften dafür einen Handelsbilanzüberschuss von circa 130 Milliarden Euro pro Jahr. Damit haben wir in den letzten beiden Jahren einen Wachstumsvorteil von mindestens fünfzig Milliarden Euro erzielt. Und nicht zu vergessen: Der Binnenmarkt ermöglicht uns heute in seinen Grenzen freies Reisen, Arbeiten und Wohnen – etwas, was sich unsere Großeltern nicht hätten vorstellen können.

So wird im Leitantrag deutlich gesagt, dass laut Schätzungen Deutschlands Mitgliedschaft in der Euro-Zone allein in den letzten beiden Jahren einen Wachstumsvorteil von mindestens zwei Prozentpunkten und damit mindestens fünfzig Milliarden Euro erzielt hat. Durch den Euro haben wir Sicherheit und Planbarkeit auf dem Binnenmarkt. Auch können wir uns besser gemeinsam im internationalen Handelssystem und in der globalen Währungspolitik durchsetzen.

Von Anfang an stand die wirtschaftliche Integration im Zeichen des Friedens. Wenn jetzt der Euro auseinanderbricht, droht Protektionismus und Rivalität, und im Endeffekt wäre die EU als Gesamtprojekt gefährdet. Deswegen muss die entscheidende Debatte geführt werden, ob wir mit dem bisherigen vertraglichen Instrumentarium unser aktuelles Niveau halten können oder ob wir zu einem besseren oder verstärkten Europa kommen und den weiteren Integrationsschritt hin zu einer Politischen Union gehen sollten.

Präludium für das Gipfelkonzert: Maßnahmen für einen starken Euro

Genau diese Debatte wurde in den letzten Wochen entscheidend in Deutsch-

land geführt und erreichte ihren Höhepunkt auf dem Bundesparteitag. Neben der wichtigen rhetorischen Auseinandersetzung wurden auch auf maßgebliches Betreiben Deutschlands in den letzten Monaten viele praktische Maßnahmen durchgesetzt: das „Europäische Semester“, die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, das Kreditpaket für Griechenland und der befristete Euro-Rettungsschirm (EFSF). Die CDU hat sich eindeutig für den dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ausgesprochen, denn dieser ist die einzige und beste Möglichkeit, überschuldete Staaten Schritt für Schritt zu sanieren, ohne die Euro-Zone als Ganzes zu gefährden.

An all dies hat der CDU-Leitantrag angeknüpft und konnte damit als eine Art Präludium zum Gipfelkonzert der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2011 gesehen werden. Denn hier wurden zum großen Teil Maßnahmen beschlossen, die die CDU bereits in ihrem Leitantrag zu Europa gefordert hat: Die Schuldenbremse nach deutschem Vorbild, die Stärkung der marktwirtschaftlichen Instrumente jenseits der Finanzwirtschaft, die Ablehnung eines automatischen Finanzausgleichs und automatischer Haftungsverpflichtungen, das Bekenntnis zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank sowie zur strikten Trennung von Geld- und Finanzpolitik finden sich in Kapitel drei des Leitantrags.

Ein Großteil dieser Forderungen wurde auf dem europäischen Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Dezember durchgesetzt. So wurden dort unter anderem automatische Strafen und eine Etat-Oberaufsicht beschlossen. Jeder Euro-Mitgliedstaat wird zudem aufgefordert, eine Schuldenbremse analog zur deutschen in seine Verfassung zu schreiben. Mit all diesen Maßnahmen soll präventiv einer dauerhaften Verschuldungspolitik vorgebeugt werden.

Allerdings ist der auf dem Gipfel beschlossene zwischenstaatliche Vertrag für die Schaffung einer Fiskalunion eine Notgeburt. Die CDU hatte eigentlich im Sinne des Gemeinschaftseuropas eine Änderung der bestehenden Verträge gefordert, um die zu konstruierende Fiskalunion direkt in die Gemeinschaftsinstitutionen zu integrieren. Aber angesichts der Blockade Großbritanniens blieb vorerst nichts anderes übrig, als einen zwischenstaatlichen Vertrag zu vereinbaren. Ein solcher Vertrag hat grundsätzlich das Potenzial, die Euro-Zone zu stärken, wenn er richtig umgesetzt wird: Das heißt konkret, dass er langfristig keine Parallelstrukturen schaffen darf und in den Lissabon-Vertrag integriert werden sollte. Dies hängt mit der Wichtigkeit und der Vision eines gemeinschaftlichen Europas zusammen.

Für mehr europäische Integration – Christdemokratische Visionen

In Kapitel vier des Leitantes spricht sich die CDU eindeutig für eine politische Union in Ergänzung der Wirtschafts- und Währungsunion aus: „In einer globalisierten Welt können die einzelnen Nationalstaaten in bestimmten Bereichen politische Gestaltungsmacht besser gemeinschaftlich wahrnehmen als alleine. Wenn wir Zuständigkeiten an die Europäische Union abgeben, gewinnen wir durch das gemeinsame Gewicht der Europäischen Union an Einfluss. Deswegen sehen wir die Übertragung von Kompetenzen auf die europäische Ebene im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips als die zeitgemäße Form an, unsere Interessen wahrzunehmen“ (Seite 17).

Bei einer solchen Übertragung von Kompetenzen sollte Folgendes beachtet werden: Europa braucht heute europäische und internationale Regeln in Bereichen wie Wirtschafts- und Währungspolitik, aber auch die universelle Geltung der Menschenrechte und des Völkerrech-

tes, in Klima- und Artenschutz genauso wie Energie- und Handelsfragen. Solange der Vertrag nicht mehr hergibt, müssen zwischenstaatliche Ansätze möglich sein. Die Gemeinschaftsmethode hat aber Vorrang. So wie bei der Justiz- und Innenpolitik oder bei Schengen muss das bei der nächsten Gelegenheit in den Vertrag überführt werden. Die Gemeinschaftsinstitutionen müssen an allen neuen Maßnahmen beteiligt werden. Insbesondere das Europäische Parlament spielt eine wichtige Rolle. Devise soll und muss bleiben, dass keine Parallel- oder Doppelstrukturen zu bestehenden Strukturen auf Basis intergouvernementaler Abkommen aufgebaut werden.

Die Nationalstaaten bleiben zwar weiterhin die Träger der EU und sind auch Träger von Identität und Kultur, aber es muss klar sein, dass die EU in den Bereichen, in denen ihr Kompetenzen verliehen wurden, nach den Methoden eines Bundesstaates arbeitet. Deswegen ist es von großer Bedeutung, dass sich die CDU für die Gemeinschaftsmethode ausspricht, auch wenn kurzfristig in einer Übergangsphase zwischenstaatliche Lösungen notwendig sein können. Aber: „Die Europapolitik der CDU basiert [...] grundsätzlich auf der Gemeinschaftsmethode, die Handlungsfähigkeit, demokratische Legitimation und Transparenz gewährleistet. Deshalb müssen die neu geschaffenen Regeln der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit mittelfristig in die EU-Verträge integriert werden.“ Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Nationalstaaten, die Methode Robert Schuman und Jean Monnet sollte als Richtschnur genommen werden, nicht die Methode Metternich. Wichtig ist, dass wir keine Rückschritte machen und nicht Bereiche, die bereits vergemeinschaftet sind, re-intergouvernementalisieren.

Das heißt konkret für den oben erwähnten zwischenstaatlichen Vertrag für die Schaffung einer Fiskalunion, dass –

auch um den Risiken vorzubeugen, die mit einer Ratifizierung eines Euro-Vertrages einhergehen, und die darin enthaltenen Bestimmungen auf jeden Fall durchzusetzen – diese zusätzlich im Protokoll zwölf des Lissabon-Vertrages auf Basis des Artikels 126, Paragraph 2, Absatz 14, verankert werden sollten. Der neue Euro-Vertrag darf Europa nicht spalten und muss die bestehenden EU-Institutionen nutzen. Dazu gehört auch, dass das Europäische Parlament entscheidend an dem Aufbau der neuen Strukturen beteiligt wird. Wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen und Gemeinschaftspolitik wieder intergouvernementalisieren. Dies würde zulasten der Handlungsfähigkeit Europas gehen. Deutschland hat damit historische Verantwortung übernommen.

Zu einer Weiterentwicklung der EU in Richtung einer politischen Union gehören nach christdemokratischen Vorstellungen auch innovative Neuerungen wie ein gemeinsamer EVP-Spitzenkandidat für den Kommissionspräsidenten bei der nächsten Europawahl sowie eine Direktwahl des Präsidenten der Europäischen Kommission, wobei die übrigen Mitglieder des Kollegiums sich auch künftig einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlamentes stellen müssen. Des Weiteren wird ein Initiativrecht für die EU-Gesetzgebung zusätzlich für das Europäische Parlament und den Ministerrat gefordert. Mittelfristig soll auch eine stärkere Widerspiegelung der Bevölkerungsstärke in den Mitgliedstaaten in der Mandatsverteilung zum Europäischen Parlament erreicht werden.

All dies spiegelt eine der wichtigsten Erkenntnisse wider für die zukünftige Gestaltung der EU: Wir brauchen mehr Personalisierung der europäischen Politik, wenn wir das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger wiedergewinnen wollen. Damit geht auch das Streben nach mehr Demokratie einher.

Bis hin zu einer Fiskalunion und politischen Union wird noch Zeit vergehen. Dennoch müssen wir jetzt anfangen: „Es ist da einerlei, ob wir bei der Einigung Europas mit einer Föderation oder einer Konföderation anfangen. Ich will Ihnen ganz offen sagen: Für mich ist die Hauptsache, daß etwas geschieht.“ (Konrad Adenauer)

Europa „made in Germany“?

Es ist richtig: Deutschland hat im Verbund mit wichtigen Partnern Führungsstärke gezeigt. Deswegen die Kanzlerin aber als neuen Bismarck mit hegemonialen Machtansprüchen oder gar als neue Diktatorin darzustellen, ist reine Verleumdung. Vielmehr hat die CDU unter Angela Merkel es geschafft, die Probleme und Risiken der Zeit nicht nur negativ zu bewerten, sondern als Chance zu nutzen: Die EU wird weiterentwickelt, Versäumnisse werden nachgeholt, und quasi findet eine Art Renaissance der europäischen Idee statt. Eines der wichtigsten Versäumnisse wird nachgeholt, und zumindest in 26 der 27 Mitgliedstaaten scheint die Einsicht angekommen zu sein, dass wir die schon lange fällige Ergänzung der Währungsunion um eine politische Union brauchen. Der gemeinsame Binnenmarkt, die Verflechtung unserer Wirtschaften bedürfen einer gemeinsamen Koordinierung unserer Haushalts- und Wirtschaftspolitiken. Bei alledem sollten wir aber nicht vergessen, wie fragil das Gebilde derzeit ist – die Polemik gerade gegenüber Deutschland der letzten Zeit zeigt es: Wir müssen jetzt nach innen und nach außen Einigkeit signalisieren. Dazu gehört auch, endlich aufzuhören, über einen Austritt Griechenlands zu debattieren oder den Euro oder die EU als Ganzes infrage zu stellen. Deutsche Politiker stehen hier in der Verantwortung und müssen aufpassen, was sie sagen. Es ist zwar verführerisch, wenn man wirtschaftlich so stark ist, dass man

zu einem dominanten Verhalten neigt, aber man muss sich bewusst sein, dass die anderen europäischen Staaten genau wissen, dass wir groß sind und dass es ohne uns nicht geht. Das ist wie im Privat- oder im Geschäftsbereich: Man hält dem Schwächeren nicht andauernd vor, dass er schwächer ist. Es ist nicht lange her, dass Deutschland als „der sterbende Schwan Europas“ galt. Die Wettbewerbsfähigkeit war damals verloren gegangen, und die Wirtschaftsstruktur schien hoffnungslos veraltet zu sein. Erst nachdem die Politik und die Wirtschaft auf allen Ebenen Reformen durchgeführt haben, ist es bergauf gegangen.

Aber auch die anderen Staaten sollten ihre Verantwortung wahrnehmen und nicht Deutschland als Sündenbock für eigene Versäumnisse büßen lassen. Vorwürfe eines deutschen Hegemonialismus, wie sie zum Beispiel von sozialistischen Parteimitgliedern Frankreichs geäußert wurden, schaden Frankreich mehr als Deutschland und bringen uns vor allem in Europa nicht weiter. Wie gut, dass die Regierung in Frankreich eine andere Meinung vertritt.

Europa hat nun die Chance, stärker zusammenzuwachsen und zu einem Staatenbund zu werden, wie ihn schon die Väter der EU wie Alcide de Gasperi, Altiero Spinelli, Konrad Adenauer, Robert Schuman und Jean Monnet sich vorstellten. Dabei müssen aber auch die Gemeinschaftsinstitutionen beteiligt werden. Rufe nach einer schon einmal gescheiterten Euro-Kammer der Nationalparlamente, wie von Joschka Fischer oder CSU-Generalsekretär Alexander

Dobrindt vorgeschlagen, sind unsinnig und nicht durchdacht. Das direkt gewählte Europäische Parlament hat Dynamik und Kontrolle in die europäische Politik gebracht.

Europa ist also keineswegs „made in Germany“, wie böse Zungen behaupten. Es ist allerdings wichtig, dass Deutschland vor allem im Verbund mit Frankreich eine Vorreiterrolle einnimmt im Sinne eines Motors. Wir müssen nur weiterhin darauf achten, dass dies in Absprache mit kleineren und mittleren Ländern geschieht. Es darf nicht sein, dass Führungsrollen dominant werden und wir eine Art Direktorat bekommen.

Wir müssen gerade in so einer Krise unter Beweis stellen, dass wir als Europäische Union zusammenhalten. Das Herauslösen einzelner Länder ist nicht die richtige Lösung. Jetzt müssen wir Europäer Disziplin zeigen, damit wir nicht überrollt und zur Fußnote der neuen Weltordnung werden. Das Mitleid der Chinesen steht uns nicht! Auch sollten wir den Handel mit den USA ausbauen und einen echten transatlantischen Markt schaffen. Mit dem Leitantrag hat die CDU es geschafft, den Samen zu säen, um Brücken in Europa zu bauen. Erste Sprösslinge zeigten sich auf dem EU-Gipfel Ende Dezember. Bis wir die Früchte ernten können, wird noch Zeit vergehen. Vor allem aber brauchen wir dafür die Disziplin und den Zusammenhalt aller EU-Mitgliedstaaten – im Geiste der Solidarität. Wie sagte einst der französische Philosoph Paul Valéry? „Europa wird sich einen oder als Wurmfortsatz des eurasischen Kontinents enden.“

„Scheitert der Euro, dann scheitert Europa!“

Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung vom 19. Mai 2010.